

Wir vergessen sie nicht  
Max Göldi und Rashid Hamdani

47

Tage sind die beiden Schweizer  
jetzt spurlos verschwunden,  
nachdem sie von Gaddafi  
entführt wurden.

DAS WAR GESTERN AUF A-Z.CH TOP

- 1. Römische Göttin:** Archäologen finden in Windisch seltene «Steinfrau».
- 2. Brutal:** Vater vor den Augen seiner Kinder spitalreif geprügelt.
- 3. Rauchverbot:** Die kleinen Beizen trifft der Bundesbeschluss hart.
- 4. Spielverderber:** Novak Djokovic könnte sich Federer in den Weg stellen.
- 5. Kilimandscharo:** Bald kein Schnee mehr auf Afrikas höchstem Berg.

Immer auf dem Laufenden:



DAS MACHT DAS WETTER HEUTE

9° 11°



Heute Vormittag ist es stark bewölkt und nass mit zum Teil stürmischen Windböen. Am Nachmittag zeigen sich vermehrt Aufhellungen bei rund 10 Grad.

DAS SCHREIBEN DIE ANDEREN

ST. GALLER TAGBLATT

**Hooligan-Urteile:** Wie abschreckend die Schnellverfahren auf Dauer sein werden, muss sich erst weisen. Vermutlich ist das Verfahren selbst, insbesondere die Peinlichkeit, nach dem Spiel in Untersuchungshaft zu sitzen und nicht am Arbeitsort oder in der Schule erscheinen zu können, das Unangenehmste daran.

DIE WELT

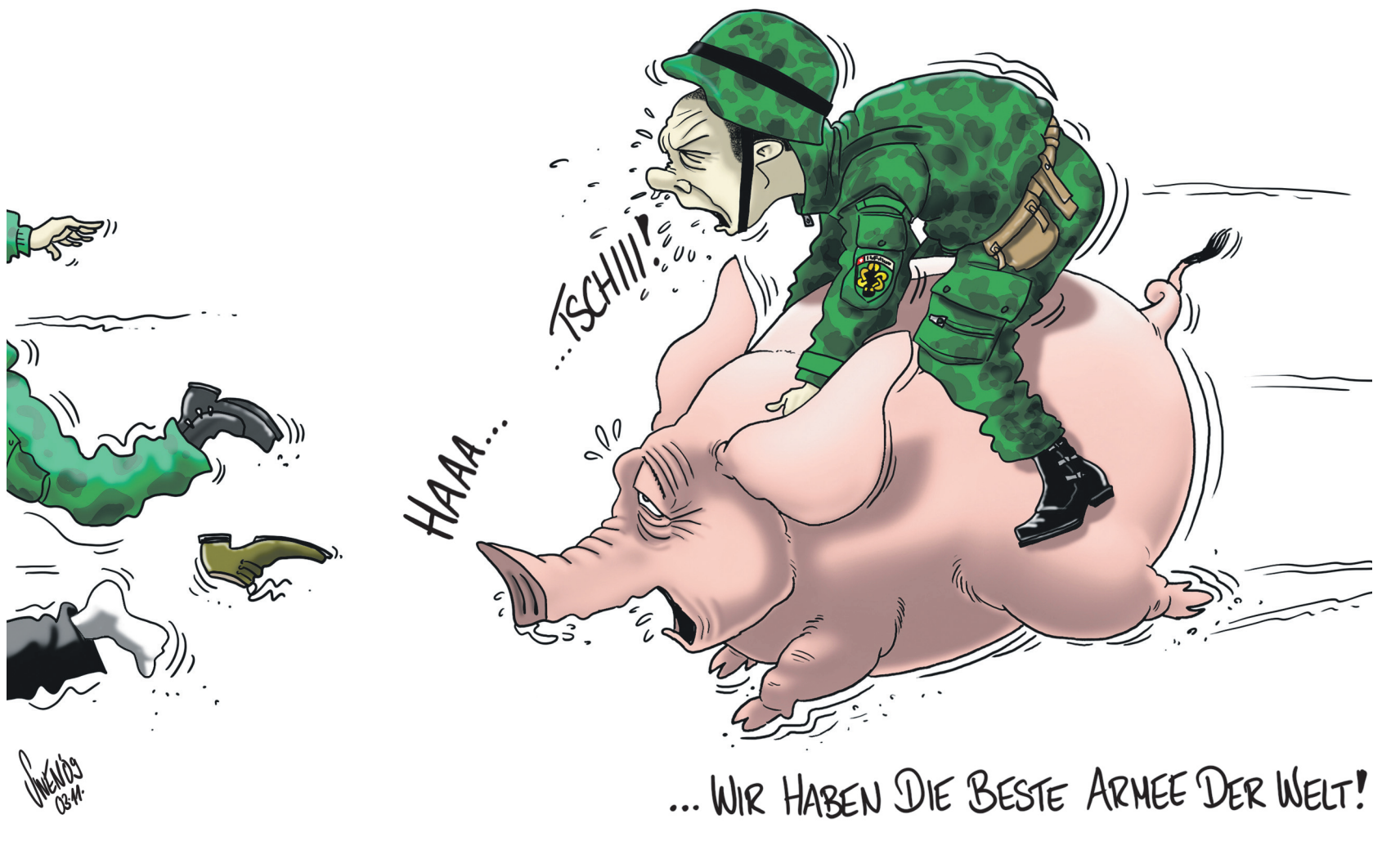
**CIT und Chapter Eleven:** Die 2,3 Milliarden Dollar an staatlichen Hilfen dürften (...) wohl verloren sein. Die Gläubiger von CIT kommen deutlich besser weg – und womöglich sogar die Aktionäre, denen nicht unbedingt ein Totalverlust droht. Wenn aber die Eigentümer (...) besser davon kommen sollten als die staatlichen Retter, wäre dies ordnungspolitisch nicht zu rechtfertigen.

Süddeutsche Zeitung

**CIT-Insolvenz:** CIT ist kleiner als Lehman und längst nicht so stark mit anderen Finanzinstituten verwoben. Für den Umgang mit den grössten Banken hat die Regierung in Washington nach wie vor kein Rezept. Wie seine Vorgänger lässt Barack Obama zu, dass immer weniger Finanzkonzerne über immer grössere Marktmacht verfügen.

KARIKA-TOUR

Ueli Maurer hats tatsächlich geschafft!...



# Wir wollen keinen Bundesrat, der gambelt

Unsere Regierung macht in letzter Zeit eine schlechte Figur

NATALIE RICKLI

Um unser Image im Ausland ist es nicht gut bestellt: Der Streit mit Libyen, die Art und Weise der Verhaftung Polanskis, das Verhalten der Schweiz im Steuerstreit oder die verwirliche Haltung des Bundesrates bezüglich Bankkundengeheimnis haben international mehr Fragen aufgeworfen als beantwortet.



Natalie Rickli, 32, ist SVP-Nationalrätin und war vorher Gemeinderätin in Winterthur und Zürcher Kantonsrätin. Beruflich ist sie Partner Relation Manager für die Goldbach Media und die IP Multimedia AG.

Seit Jahren ist unser Bankkundengeheimnis unter Druck. Es geht in dieser Diskussion nicht um rechtliche Fragen, sondern um die Konkurrenz verschiedener Wirtschaftsstandorte. Meine Partei warnt seit Jahren davor, Zugeständnisse zu machen. Das Bankkundengeheimnis ist Teil der persönlichen Freiheit und gehört zum Schutz der Privatsphäre des Bürgers. Geben wir dieses Recht auf, leiden nicht primär die Banken, sondern vor allem die Einwohner unseres Landes. Leider verhallen die Warnungen ungehört, und der Bundesrat geht immer mehr Kompromisse ein. Auch der Steuerstreit mit Deutschland ist ein symptomatisches Beispiel für die Hilflosigkeit der Schweizer Exekutive. Warum bringt es der Bundesrat nicht fertig, die Positionen der Schweiz zu erklären und unsere Werte zu verteidigen? Warum investiert die Schweiz derart viel Geld in Institutionen wie «Präsenz Schweiz», wenn diese trotz Millionenbudget nicht in der Lage sind, die Haltung der Schweiz zu erklären und unser Image zu stärken? Die aktuelle Eskalation mit Libyen oder die Auseinandersetzungen mit Italien sind weitere Beispiele für das aussenpolitische Desaster. Bundespräsident Merz meint, man müsse hie und da selbst mit Grossnationen ein wenig «gambeln» und nicht zu Kriege kriechen. Wollen wir wirklich eine Regierung, die «gambelt»? Brauchen wir nicht einen selbstbewussten Bundesrat, der das Land mit kühlem Kopf führt und gegen Angriffe aus dem Ausland verteidigt?

Was aussenpolitisch passiert, findet seine Fortsetzung leider auch in der Innenpolitik. Der drastische Anstieg der Asylgesuche ist nur ein Beispiel: Während Österreich seit 2007 eine Zunahme von 8% zu verzeichnen hat, stieg die Zahl der Gesuche in der Schweiz um 53% an. Nachdem die Schweiz von 2005 bis 2007 rund 10 000 Asylgesuche zu verzeichnen hatte, sind es jetzt wieder gegen 18 000 Gesuche. Eine fatale Fehlentwicklung. Noch schlimmer sind die Zustände im Strafvoll-

zug. In der letzten Session fragte ich den Bundesrat, warum jährlich rund 2500 Häftlinge aus dem Schweizer Straf- und Massnahmenvollzug entweichen können und was er – in Zusammenarbeit mit den Kantonen – zu tun gedenkt, damit die Gefängnisse ausbruchssicherer werden. Die Antwort war lapidar: «Der Bund hat keine Veranlassung, spezielle Massnahmen zu treffen.» Die zitierte Statistik leide «schon seit Jahren unter diversen Mängeln». Auch auf meine Frage, ob nach dem Mord an Lucie nicht endlich die Verwahrungspraxis zu verschärfen sei, fiel die Antwort der Justizministerin ähnlich aus: Der Fall Lucie lasse «keine Rückschlüsse auf allfällige Mängel der aktuellen Verwahrungspraxis» zu. Für den Bundesrat sei «nicht ersichtlich, wie die Gesetzgebung zur Verwahrung weiter verschärft werden könnte».

Die Unbeschwertheit dieser Antworten schockiert zusätzlich, wenn man die vor wenigen Tagen bekannt gewordenen Fälle der Bieler Anstalt St. Johannsen ansieht: Ende August ist ein Kinderschänder abgehauen. Er war am Fischen (!), schwamm davon, missbrauchte ein kleines Mädchen und spazierte wieder in die Anstalt zurück. Niemand hat es gemerkt. Bereits im Februar 2008 ist ein gefährlicher Serienvergewaltiger aus derselben Anstalt geflüchtet. Warum diese Fälle erst jetzt öffentlich wurden, wollen die Behörden nicht erklären. Und einmal mehr will niemand die Verantwortung übernehmen. Der Bundesrat schiebt die Verantwortung den Kantonen zu. Aber das ist zu einfach: Der Bundesrat verschliesst die Augen vor der Realität und lehnt Verschärfungen des Strafrechts ab. Dabei ist die Sicherheit oberste Aufgabe des Staates. Vielen Bundesräten scheinen Apéros, kulturelle Anlässe, Gastreferate und schöne Medienauftritte wichtiger als die unspektakuläre tägliche Arbeit. Gegenseitige Schuldzuweisungen, Hauruck-Aktionen, Kommunikationspannen und unvorteilhafte Abkommen sind die Folge. Auslöffeln müssen es am Schluss die Bürger.

MZ-GASTAUTOREN AUS POLITIK UND WIRTSCHAFT

- Iwan Rickenbacher, Politberater (CVP)
- Natalie Rickli, SVP-Nationalrätin (ZH)
- Peter Rothenbühler, Direktionsmitglied bei Edipresse
- Oswald Sigg, ehemaliger Bundesratssprecher
- Roland Trauffer, Generalvikar des Bistums Basel
- Christian Wasserfallen, FDP-Nationalrat (BE)
- Cédric Wermuth, Präsident der Juso Schweiz (AG)

## Die Nöte mit der freien Presse

Der Bundesanwaltschaft will gegen Journalisten ermitteln



FABIAN RENZ

Es hagelt wieder einmal Strafanzeigen wegen Indiscretionen in Bundesbern.

Und wieder einmal soll dabei auch der Überbringer der schlechten Nachricht geköpft werden. So will die Bundesanwaltschaft nicht nur herausfinden, wer die Medien über Ueli Maurers Antrag auf Abbruch der Kampfjet-Beschaffung informiert hat. Nein, nach Ansicht der Strafverfolger sind die Journalisten, die über das Geschäft berichteten, genauso als Gesetzesbrecher zur Rechenschaft zu ziehen. Unter anderem also auch die Berichterstatter der Mittelland Zeitung.

Bei direkter Betroffenheit ist man nun versucht, über die Bundesanwaltschaft zu schimpfen. Tatsächlich tun die Paragrafenhüter nur ihre Pflicht, indem sie ein ihnen vom Gesetzgeber aufgenötigtes Machwerk namens «Artikel 293 StGB» umsetzen. Dieser ist seit Jahrzehnten hoch umstritten, weil er die «Veröffentlichung amtlicher geheimer Verhandlungen» unter Strafe stellt – und damit die Medienfreiheit einschränkt. Erst letztes Jahr aber sprach sich die Landesregierung für seine Beibehaltung aus. Sie verriet damit eine deplatzierte Furcht vor einem der Wesensmerkmale freier Gesellschaften: dem zivilen Ungehorsam. Denn immer wieder kommen öffentlichkeitsrelevante Fakten erst durch Indiscretionen ans Licht. Beispiele sind die Missstände im Zürcher Sozialamt oder das Stalker-Vorleben von Ex-Armeechef Roland Nef.

Verständlich aus Sicht der Mächtigen, dass sie die Informationsflüsse kontrollieren wollen. Gut aus Sicht der Demokratie, dass es ihnen nicht immer gelingt. Trotz Art. 293 StGB.